

EU-Ländern anmelden und arbeiten. Unglücklicherweise hat er sich dafür Deutschland ausgesucht – der einzige Mitgliedstaat neben Österreich, der die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt bis 2011 in allen Branchen beschränkt hat. Ohne Arbeitsgenehmigung können Bulgaren und Rumänen hierzulande nicht angestellt werden.

Lediglich der Gewerbeschein erlaubt es ihnen, sich selbständig zu machen. Auf Honorarbasis, ohne Unfall- und Krankenversicherung, sind sie Freiwild für betrügerische Subunternehmer, die billige Arbeitskräfte ausnützen. In München ist in den vergangenen Jahren gerade das entstanden, was die Politiker mit der Übergangslösung verhindern wollten: Ein Lohndumpingmarkt.

Keine drei Minuten vom Spielparadies entfernt trifft die Goethestraße auf die Landwehrstraße. Eine Kreuzung nahe dem Hauptbahnhof, die für die Bulgaren zum strategisch wichtigsten Punkt geworden ist. „Hier haben sie mich abgeholt“, erzählt Vankov und hebt etwas schwerfällig seine von der Arbeit zerklüftete Hand. Den Ort kennt der 50-Jährige mit seiner abgewetzten Lederjacke, dem leicht hinkenden Gang und dem brüllenden Teufel auf dem Oberarm wie jede einzelne Tätowierung an seinem Körper. Zum zweiten Mal ist der gelernte Installateur nun schon in München. Jeden Monat versucht er 300 Euro an seine Familie zu schicken. Seit dem EU-Beitritt sind die Preise zuhause aber kontinuierlich gestiegen. Ein Liter Milch kostet gleich viel wie in Deutschland. Ein Installateur verdient 400 Euro im Monat. „In München ist es immer noch besser als daheim“, sagt Vankov. Auch wenn er das Loch in seinem Bauch oft mit Zigaretten zu überlisten versucht.

Etwa zwei Dutzend Männer stehen um sieben Uhr früh an der Kreuzung. Viele lehnen an den spiegelnden Wänden der „Is Bank“ und zünden sich eine Kippe nach der anderen an. Sie alle zählen zur türkischen Minderheit, die in Bulgarien wegen ihrer ethnischen Herkunft schwer Arbeit findet. Auch Hristo Vankov hat es erwischt. Damals, 2004, als Bulgarien ge-

rade mitten in den Vorbereitungen für den EU-Beitritt war. Jahrzehntelang hatte er bei einer staatlichen Firma Wasserleitungen verlegt und gewartet. Von heute auf morgen wurde sie privatisiert. Von den 150 Mitarbeitern waren 20 ethnische Türken. „Alle wurden fristlos gekündigt. Ohne Vorwarnung, ohne Abfertigung.“ Alle kamen nach Deutschland.

Bei „Ratschiller's Discount-Bäckerei“ holt sich Vankov einen Kaffee. Bis acht Uhr früh dürfen die Tagelöhner sich an diesem Treffpunkt aufhalten. Bleiben sie länger, alarmiert die Hausverwaltung die Polizei. In der Bäckerei trifft er Savas Tetik, der mit einem Stoß von Plastikkarten hantiert. Der gebürtige Türke teilt Verdi-Mitgliedskarten an die Tagelöhner aus. „Niemand fühlt sich für diese Leute zuständig. Die Politiker sind der Meinung, wenn sie die Bulgaren lange genug ignorieren, fahren sie wieder nach Hause“, sagt Tetik. Er kennt das Gefühl, am Rande der Gesellschaft zu stehen, nur allzu gut. In den achtziger Jahren musste er nach dem Militärputsch wegen seiner politischen Aktivitäten aus der Türkei fliehen.

Viele Tagelöhner haben keine feste Bleibe – sie schlafen im Bus.

Seit März arbeitet Tetik bei der Initiative Zivilcourage. Die Mitarbeiter beraten die Tagelöhner, organisieren Deutschkurse und helfen ihnen auch mal aus einer verzwickten Lage. „An einem Tag kamen ein paar Leute völlig aufgelöst zu mir. Ihr Bus wurde abgeschleppt – mit ihm all ihre Sachen“, erzählt Tetik. „Die Pension mit bulgarischer Musik kostete binnen eines Tages so viel wie ein Fünfsterne-Hotel.“

Vor der Bäckerei kommt ein rostroter Ford-Minibus knatternd zum Stehen.

Aus dem Inneren des Busses qualmt blauer Rauch. Die Männer haben eine zweitägige Fahrt hinter sich. Dunkle Augenringe wirken wie aufgemalt in ihren Gesichtern. Sie kommen aus Pasardschik, was so viel heißt wie „kleiner Markt“. Für die rund 77 000 Einwohner, die hundert Kilometer südöstlich von Sofia leben, ist es seit der Wirtschaftskrise, die vor allem Südeuropa getroffen hat, sehr eng geworden. Auch Hristo Vankov kommt von dort. Mit den anderen hatte er sich vor acht Monaten die Benzinkosten geteilt.

Die meisten bieten ihren Bus vorübergehend als Hotel an. Höchstens zehn Leute haben dort Platz. Viele schlafen in Parks, auf der Straße, in Spielhallen oder wie Vankov auch mal in der Abstellkammer eines Möbelhauses. Die Migranten tun sich schwer, in München eine Wohnung zu finden. Wer vermietet schon gerne an einen Ausländer, der heute nicht weiß, was er morgen arbeiten wird?

Frühmorgens stehen sie trotz nächtlicher Strapazen in nahezu knitterfreier Kleidung, mit Gel in den Haaren und geputzten Schuhen an der Kreuzung. Manchmal heuert sie ja doch wer an und bringt sie zum Putzen auf den Viktualienmarkt, zum Weißeln in eine private Wohnung oder in ein nahe gelegenes Dorf, wo gerade ein Schwimmbad gebaut wird.

„Meist sind es Türken, die einen mitnehmen – aber auch Roma, Serben und Araber sind unter unseren Auftraggebern“, sagt Vankov, während er die Hälfte seines Kaffees mit Zucker auffüllt. Gegen seinen letzten Chef – den „Schwager“ von der Spielhalle Number One – hat er kürzlich bei der Gewerkschaft Verdi Beschwerde eingelegt.

„Ich bin gerade richtig geladen“, schimpft Dagmar Rüdénburg, die sich 50 Meter Luftlinie von der Bäckerei entfernt im Verdi-Büro um rund 50 Beschwerden der Tagelöhner kümmert. „90 Prozent werden um ihren Lohn geprellt. Die

Was bringt der Tag? Vielleicht gibt es heute einen Job für ein paar Euro: Ein Bulgare wartet auf ein Arbeitsangebot im Bahnhofsviertel.

Fotos: Robert Haas



Die Konkurrenz ist groß, aber es gibt auch eine Gemeinschaft der Unterbezahlten.

Arbeitgeber kommen immer mit den gleichen Geschichten. „Mal hätten die Bulgaren eine Maschine kaputt gemacht, mal seien sie nicht mehr zur Arbeit aufgetaucht. „Das ist alles Quatsch!“ ruft die 61-Jährige.

Rüdénburg will die Arbeitgeber dazu bewegen, dass sie den Bulgaren den vereinbarten Lohn auszahlen, bevor die Gewerkschaft gegen sie klagt. „Die Leute leben von der Hand in den Mund. Sie brauchen das Geld gleich“, sagt sie.

„Die Leute leben von der Hand in den Mund, sie brauchen ihr Geld gleich.“

Bei manchen Arbeitgebern zeigen ihre Überredungskünste keine Wirkung. Vor allem wenn es um Arbeitsunfälle geht. Hristo Vankov kann sich noch gut an den Tag im März erinnern, als sein Cousin Aleksandar den Zeigefinger verlor. Gemeinsam haben sie bei einer Recyclingfirma in einer Halle gearbeitet. Ihr damaliger Chef stellte den Mann in einem Korb auf einen Gabelstapler und fuhr los. In rund fünf Meter Höhe kam der Korb ins Schwanken. Als der Fahrer den Gabelstapler zu schnell senkte, blieb der Cousin an einem Seil hängen. „Der Arbeitgeber fuhr mit dem Verletzten ins Krankenhaus. Er erzählte dem Arzt, dass Aleksandar sich den Finger beim Reifenwechseln abgerissen hat. Privat und nicht bei der Arbeit“, berichtet Verdi-Sekretärin Rüdénburg. Der Schwindel flog auf. Anfang September wird um den Schadensersatz vor Gericht verhandelt.

All das passiert im Verborgenen. Deutsche Politiker fühlen sich für die EU-Bürger zweiter Klasse nicht verantwortlich. Ab und zu wurde ein runder Tisch mit Verdi und Politikern verschiedener Fraktionen organisiert – ohne Erfolg.

Während die Zukunft der Bulgaren in München ungewiss ist, geht die alltägliche Diskriminierung der Tagelöhner weiter. „Wir stehen hier wie Tiere“, sagt ein Mann, der vor der Bäckerei auf einen Auftraggeber hofft. Überdurchschnittlich oft kontrolliere sie die Polizei. Cafébesitzer würden ihnen nur ungerne etwas zu trinken geben, und in einem Wettbüro soll vor einer Fußball-Live-Übertragung sogar ein Schild draußen gehangen sein – mit der Aufschrift: „Eintritt kostenlos, für Bulgaren 5 Euro Eintritt!“

Auch Ramazan Bildirici, der gemeinsam mit seiner Schwester die Bäckerei gepachtet hat, erzählt von den Vorbehalten der Deutschen gegenüber den neuen EU-Bürgern: „Die Leute beschwerten sich. Sie sagen, dass sie die Bulgaren nicht mögen, dass sie ihnen zu laut sind und ihnen die besten Sitzplätze in der Bäckerei wegnehmen.“

Mehr als ein Dutzend Leute treten an diesem Tag an Savas Tetik von der Initiative Zivilcourage heran und beklagen sich. Es fehlen Aufenthaltsräume, Betten für Kranke, Toiletten. Nicht einmal in der nahe gelegenen Moschee finden die Muslime Zuflucht. „Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Theresienwiese als Klo zu benutzen“, sagt eine der wenigen Frauen, die an der Kreuzung warten.

Für Hristo Vankov steht das alles nicht im Vordergrund. Er möchte Geld verdienen, um seine Familie zu ernähren, um die Schulden in seinem Land abzubezahlen, um sein Häuschen reparieren zu lassen, das durch Unwetter beschädigt wurde. „Zu welchem Zweck brauchen wir die EU-Mitgliedschaft, wenn sie uns nicht arbeiten lassen?“ fragt Vankov resigniert und zieht an seiner selbst gedrehten, filterlosen Zigarette. Noch einmal spricht er über die ethnische Diskriminierung in Pasardschik. „Wenn wir keine EU-Bürger wären, dann könnten wir wenigstens Asyl beantragen.“